

NDB-Artikel

Bethmann Hollweg, *Theobald* Theodor Friedrich Alfred von| Reichskanzler, * 29.11.1856 Hohenfinow, † 1.1.1921 Hohenfinow. (evangelisch)

Genealogie

V Felix (1824–1900), S des →August s. (4); M Isabella (1833–1908), T des schweizerischen Majors Abraham Dionys Alfred de Rougemont und der Sophie Gräfin von Pourtalès; † Wilkendorf 1889 Martha Elisa (1865–11.5.1914), T des Gustav Felix Bertram von Pfuel und der Louise Elisa Gräfin Reventlow; 3 S, 1 T.

Leben

Nach strenger Erziehung, aber ausgezeichnete Ausbildung auf der Landesschule Pforta und als primus omnium bestandener Reifeprüfung (1875), Studium der Rechte in Straßburg, Leipzig, Berlin, Referendarexamen (1879), Eintritt in den Verwaltungsdienst, Regierungsassessor (1884), zehnjährige erfolgreiche Landratstätigkeit als Nachfolger des Vaters im heimatlichen Kreise (1886–1896), kurze Zeit als Mitglied des Reichstages in den Reihen der Reichspartei (1890), Oberpräsidialrat in Potsdam (1896–1899), im Sommer 1899 Regierungspräsident von Bromberg, nach 3 Monaten bereits Oberpräsident der Provinz Brandenburg (1899–1905), im März 1905 als Nachfolger des verstorbenen Hans Freiherr von Hammerstein Preußischer Minister des Innern - die glänzende Laufbahn eines begabten Verwaltungsbeamten.

|
Der Öffentlichkeit stellte er sich 1906 mit einer reformfreudigen Rede anlässlich der Einbringung eines Gesetzentwurfes vor, der der Milderung der Härten des reaktionären Dreiklassenwahlrechts diene, das für ihn im Kriege zur Schicksalsfrage wurde. Sie besserte aber nur überholte Vorschriften des Wahlgesetzes von 1849, obwohl der Minister damals schon erkannte, daß, wenn überhaupt, viel mehr geboten werden mußte. Er hat mit dem Ziel: Verstärkung der Selbstverwaltung, Vereinfachung der Behördenorganisation und Modernisierung des Geschäftsgangs, Entlastung der oberen Instanzen, Belebung des Verantwortungsgefühls eine Reform der preußischen Verwaltung vorbereitet, die im Kronrat vom 18.2.1909 die kaiserliche Billigung erhielt, aber in der eingesetzten Immediatkommission versandete und der gesteigerten Arbeit der Behörden im Kriege nicht mehr zugute kam. Er beschäftigte sich mit der Frage der Möglichkeit eines vom Abgeordnetenhaus immer wieder geforderten Ministerverantwortlichkeitsgesetzes und kam zu dem Ergebnis, daß es nur in ein parlamentarisches Regierungssystem paßte.

Bülow hat den Mann von einwandfreier konservativer Grundhaltung, der aber einen offenen Blick für demokratische Notwendigkeiten im politischen und

gesellschaftlichen Leben hatte, zum Vertreter seiner liberal-konservativen Blockpolitik bestimmt. Er wurde an Stelle des Grafen Artur von Posadowsky Staatssekretär des Reichsamts des Innern, das etwa einem modernen Reichswirtschafts- und Sozialministerium entsprach, und zugleich Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums, d. h. Vertreter Bülow's im Reich und in Preußen (24.6.1907). Damit war er in einer Schlüsselposition, die an diese Persönlichkeit voll Pflichtgefühl und Würde, aber ohne schöpferische, bewegliche Phantasie und ohne äußere Wirkung große Anforderungen stellte, zumal die neue Koalition im Reiche von vornherein auf schwachen Füßen stand, in Preußen aber von den hier vorherrschenden Konservativen entschieden abgelehnt wurde. Maßgebend hat er den Text der Thronrede mit der Verheißung einer durchgreifenden preußischen Wahlrechtsreform bestimmt. Er hat den Standpunkt des Kanzlers bei der Daily-Telegraph-Affäre gegen das persönliche Regiment des Kaisers im Staatsministerium und im Bundesrat energisch vertreten und konnte dann doch in der Frage der Reichsfinanzreform, an der der Block endgültig zerbrach, die Schwenkung des Bundesrats zu der neuen Mehrheit aus Konservativen, Zentrum und Polen vertreten, die die Erbschaftssteuer ablehnte, der Regierung aber die gewünschte Steuersumme bewilligte. Als Bülow, der nicht nur die Blockmehrheit, sondern auch längst das Vertrauen des Kaisers verloren hatte, seinen Abschied nahm, fiel die Wahl, anscheinend auf seinen und Rudolf von Valentini's Vorschlag hin, endlich auf B., „da die Hauptschwierigkeiten in der inneren Politik lägen“. Der Kaiser entschloß sich dazu nur widerstrebend, da er seine Rechthaberei scheute. Am 7.7.1909 wurde er Reichskanzler, preußischer Ministerpräsident und preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Paßte B. in die gewaltige Rüstung des Bismarckschen Kanzlers? Gewiß, ein Verwaltungsjurist von sehr hohen Qualitäten, großem Wissen und umfassendem fachlichen Können, klug und gebildet, von nüchtern klarer Einschätzung der Situation, dabei von schwerem sittlichen Ernst und Rechtsgefühl. Aber der hohe, hagere, würdige, etwas trockene und steife Grandseigneur mit dem schmalen, schwermütigen, gedanken- und sorgendurchfurchten Gesicht, aufrichtig und lauter, im privaten Kreise voll Güte und menschlicher Wärme, ein passionierter Jäger, ein Freund der Musik und erlesener Geselligkeit war im Grunde kein politischer Mensch voll leidenschaftlichem Handlungs- und Gestaltungsdrang, keine Führerpersönlichkeit an der Spitze eines großen Reiches in dessen Schicksalsstunde. Eine wägende, bedenkenvolle, kontemplative Gelehrtennatur, mit milder Skepsis fast über dem Weltgetriebe stehend, ein innerlich einsamer Stoiker, schwer an der Last eines übermächtigen Schicksals tragend und mit dem Dunklen, Ausweglosen fast in rätselvoller Harmonie. Politisch gesehen letztlich doch ein handlungsscheuer, zaudernder Pessimist, ohne ausstrahlendes Selbstvertrauen, der aus Verantwortungsbewußtsein, aber freudlos auf seinem Posten blieb und doch nicht mit dem Erfolg rechnete, kein entschlußfroher und entschlußkräftiger, willensstarker Kämpfer, der sich mit harter Einseitigkeit durchsetzte. Nicht ohne Grund sagte man von ihm: „Er verwaltet, aber er regiert nicht“.

Nur zeitweilig sah es so aus, als könnte er die Widerstände in Deutschland und der Welt etwas mildern. Die tieferen Gegensätze der Parteien und

Klassen, sowie die imperialistischen und nationalen der Mächte, in ihrer furchtbaren Katastrophennähe vor dem Kriege noch nirgends erkannt und nur mit revolutionärem Schwung lösbar, waren stärker als er. Die neue Wahlrechtsvorlage von 1910, pflichtgemäß eingebracht, lustlos verteidigt, strandete ergebnislos und schuf nur gesteigerte Erregung. Gegen die Konservativen trat B. für die „Wahrung der Staatsautorität“ und für eine Regierung über den Parteien, d. h. mit wechselnden Mehrheiten, ein. Das Staatsministerium und die höhere Verwaltung blieben stockkonservativ. Weder die sehr liberale Verfassung für Elsaß-Lothringen (1911) noch der praktische Verzicht auf Bülow's Ansiedlungspolitik in Posen konnten das Sonderstreben überwinden. Die Sozialpolitik des Reiches machte zwar neue erhebliche Fortschritte, da aber B. keine Propaganda zu machen verstand, vermochte sie die Arbeiterschaft in die bestehende gesellschaftliche Ordnung nicht einzugliedern. Die Reichstagswahlen von 1912 erbrachten den Beweis, daß die innerdeutschen Zustände krank waren. Ein Drittel des Volkes stand dem bestehenden Staat mehr oder weniger feindselig gegenüber. Mit 110 Abgeordneten zog die SPD als stärkste Partei in den Reichstag ein und machte eine ausgesprochen konservative Politik zu faktischer Unmöglichkeit. Das war der Reichstag, der im Kriege die deutschen Geschicke bestimmte. Preußen aber blieb die Hochburg der Konservativen. Dort stagnierte die Innenpolitik. Wie sollte eine einheitliche deutsch-preußische Politik geführt werden? Die Reichspolitik und der Reichstag, den B. weder taktisch noch oratorisch geschickt zu behandeln wußte, verstärkten ihr Schwergewicht. Am 4.12.1913 erhielt er anlässlich der Zabern-Interpellation das erste hochpolitische Mißtrauensvotum in der Geschichte des Deutschen Reiches. Die Bismarcksche Reichsverfassung verlangte nach Reform. Die preußischen Ressorts kümmerten sich nur noch wenig um das Reich, das auf sie angewiesen war. Achselzuckend, ohne Initiativkraft nahm der Kanzler die unerwünschte Entwicklung hin. Am 10.1.1914 sprach ihm nun gar noch das preußische Herrenhaus sein Mißtrauen aus, weil er nicht preußisch genug regierte, eine neue Schwächung seines persönlichen Ansehens und des seiner Regierung. Die Reichsverfassung radikal umzubauen, Preußen ins Reich einzuordnen, die breiteren Massen durch wirklichen Mitregierungsanteil politisch zu befriedigen und ihnen wirtschaftlich und sozial Gleichberechtigung zu verschaffen und somit die Spannungen zu mildern und die Klüfte zu überbrücken, war damals noch möglich, und es gab dabei gewisse Erfolge. Die zwangsläufige Entwicklung zur Demokratie hat B. gesehen und war um eine Modernisierung bemüht.

In der auswärtigen Politik und der Diplomatie, in der er Neuling, für die er ohne Flair war, erkannte er illusionslos den Ernst der Lage und erblickte seine Lebensaufgabe darin, die aus Bülow's Zeiten ererbte „Einkreisung“ zu sprengen und vor allem mit England zu einer Verständigung zu gelangen, die etwa gegen Beschränkung des deutschen Hochseeflottenbaus ein Neutralitätsabkommen ermöglichte. In Alfred von Kiderlen-Waechter zog er den angeblich besten diplomatischen Mitarbeiter heran. Bei Rußland und Frankreich sind die Versuche nicht nur gescheitert, in beiden Ländern kamen seit Anfang 1912 extrem nationalistische, kriegsentschlossene Regierungen ans Ruder, nachdem die 2. Marokkokrise auch dem deutschen Volke die kriegsschwangere Situation in Europa klargemacht hatte. Die Besprechungen mit Lord Haldane (8.-10.2.1912) enthüllten „das Chaos“ in der Reichsleitung. Gegenüber der

eigenmächtigen Politik von Tirpitz - auch der Generalstab ging selbständige Wege: vom Schlieffen-Plan besaß der Kanzler nur unzureichende Kenntnis - konnte sich B. auch mit dem Entlassungsgesuch vom 6.3.1912, womit er zugleich die Willkür des plötzlich wieder selbstherrlich werdenden Kaisers parierte, nicht durchsetzen. Der Ausgleich mit England scheiterte an Sir Edward Greys Entente politik und an der deutschen Flottenpolitik. Die 1913/14 auf imperialistischen Feldern nahezu erzielte Annäherung verführte B. zu falschen Erwartungen. Wenn Ruedorffer-Riezler seine Anschauungen - in Ablehnung der Thesen von Bernhardis Buch (1912) - richtig vermittelt, glaubte er damals wie ganz ähnlich auch Walter Rathenau an die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Imperialismus ohne Krieg, wollte er Kulturpolitik statt einer Politik der Macht und Gewalt. Er fühlte sich selbst aber der ausweglosen Lage nicht gewachsen (Februar 1913), ohne allerdings die Konsequenz daraus zu ziehen. Er hat zwar dem Kaiser die große Heeresvorlage vorgeschlagen (5.1.1913), aber nur halbe Arbeit gemacht. Er scheute Kampf und Verschlechterung der Finanzen. Die große Mehrheit, die ihm einschließlich der SPD die Mittel bewilligte, hat er nicht als Hebel und Basis für eine neue innere Politik benutzt. Er wußte nicht, wie stark er damals und im Kriege gewesen wäre, wenn er das Banner des Fortschritts erhoben hätte. An der Wende 1913/14 glückte ihm während der Balkankriege in Zusammenarbeit mit Grey die Erhaltung des Friedens, weitgehend auf Kosten Österreich-Ungarns. Als dann aber der Krieg ausbrach, stürzte seine Außenpolitik „wie ein Kartenhaus“ zusammen.

|
In der Julikrise 1914 trat er bei Österreich-Ungarns Konflikt mit Serbien sofort entschieden hinter den Bundesgenossen und berief sich dabei auf Bismarck. Im Glauben an eine Lokalisierungsmöglichkeit ließ er ihm aber zu lange freie Hand und bremste Graf Berchtold zu spät. Vor dem Kriege als einem unabwendbaren Schicksal hat er nicht kapituliert, sondern bis zum letzten Augenblick für den Frieden gekämpft. In seinem Rechtsgefühl war er nicht skrupellos genug, auf formelle Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich zu verzichten und den Einmarsch in Belgien mit dem nationalen Notstand zu motivieren (1920 an H. von Kuhl). Seine Hoffnung auf England war bereits geschwunden, als er am 30.7. das Staatsministerium über die politische Lage informierte. Der Kriegseintritt Englands erschütterte ihn tief. Daß er die belgische Neutralität in der Erregung „als einen Fetzen Papier“ bezeichnete und im Reichstag vom deutschen „Unrecht an Belgien“ sprach, wirkte nach und gab dem Ausland eine Propagandawaffe in die Hand, war ungeschickt, aber letzten Endes nicht entscheidend. Er hat Wilhelm II. dazu vermocht, mit dem Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, das böse Wort von den „vaterlandslosen Gesellen“ auszulöschen. In der ersten Kriegssitzung (15.8.1914) legte er dem Staatsministerium eindringlich größtmögliches Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie als Unterpfand der inneren Einheit ans Herz. Der Konservative, gewiß jeder Demokratie abhold, hatte sich zu der Überzeugung durchgerungen, daß der Krieg nur zu gewinnen sei, wenn die SPD nicht in Opposition trete und das ganze deutsche Volk festgeschlossen bleibe. Er, der darüber grübelte, warum er den Krieg nicht hatte verhüten können und wie er ihn beenden solle, ist von Freund und Feind, von allen fremden Staatsmännern als hoch ehrenwerte Persönlichkeit anerkannt worden und hatte im Ausland ein nicht gering einzuschätzendes Kapital von Vertrauen.

Bestehen bleibt, daß das Reich nicht ohne seine Schuld in denkbar ungünstiger diplomatischer Lage mit einer unzulänglichen Führung ohne Ansehen und Autorität in den Krieg eingetreten ist.

B. war ohne Glauben an den deutschen Sieg. Ein positives Kriegsziel besaß er nicht. Es schwebte ihm wohl ein Verständigungsfrieden vor, ohne daß er deutlich davon sprach, ebensowenig wie über seine Ziele der inneren Weiterentwicklung. Er ließ alles in Halbheit und in der Schwebelage. Seine Außenpolitik gewann die Türkei und Bulgarien zu Bundesgenossen, konnte jedoch den Kriegseintritt fast aller Staaten der Welt gegen das Reich nicht verhindern, wußte auch keine Erfolg versprechenden Friedensmöglichkeiten zu schaffen. Zum Zarenreich wurden sie endgültig durch die Polenpolitik verbaut. An die letztere ging B. sehr zögernd und zurückhaltend heran, sah überhaupt keine „gute Lösung“ und hat sich mit der Proklamation des selbständigen Polen (12.8.1916) dem militärischen Druck gebeugt, wie schon beim belgischen Völkerrechtsbruch. - Im Westen überspielten ihn bald die österreich-ungarischen Friedensschritte. Seine seit Oktober 1916 bei Wilson betriebenen Friedensbemühungen störte er durch das erfolglose eigene Friedensangebot, die Auswirkung der Wilson-Aktion durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges. Er hat diesen nicht gewollt, da er die Folgen auf die Neutralen voraussah, und ihn lange hintangehalten. Als er sich wider besseres Wissen dem Drängen der Marine und der dritten Obersten Heeresleitung (OHL), der er mit Einsatz seines Amtes in den Sattel verholpen hatte, fügte (Kriegsrat in Pleß 9.1.1917), führte er eine Entscheidung von verhängnisvoller Tragweite, die Wende des Krieges herbei. Er glaubte „eine unabwendbar gewordene Entscheidung“, von der sich die Militärs allein noch mit den Waffen eine siegreiche Beendigung des Krieges versprachen, nicht sabotieren zu dürfen. Er blieb im Amt, um noch größeres Unheil zu verhüten. Hindenburg und Ludendorff sahen in seiner Nachgiebigkeit nur entschluß- und willenslose Schwäche. Ein furchtbar verheerender Gegensatz tat sich auf. Immer schonungsloser verlangte die OHL seine Entlassung. In diktatorischer Herrschsucht und mit der konsequenten Absicht, im Sinne des totalen Krieges „das gesamte Staatsleben zu militarisieren“, strebte sie danach, den Posten des Reichskanzlers zum ausführenden Organ der militärischen Entschlüsse zu machen, ein Umsturz der staatlichen Ordnung.

Auch in der Innenpolitik hat er infolge seines unsicher zaudernden, ziellos schwankenden Auftretens die innere Einheit weder bewahren noch festigen können. Seine Absicht zu tiefgreifenden Reformen, allerdings nach dem Kriege, stand fest. Ohne Neuorientierung, d. h. freiheitliche Gestaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, ohne Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts fürchtete er eine Revolution. Der Ruck nach links, den er bewußt vollzog, ohne Klarheit über seine Pläne zu schaffen, verstärkte die Feindschaft der Konservativen, die noch jeden Kanzler gestürzt hatten, der ihren Interessen|zunahme getreten war. Seine geplanten Zugeständnisse wurden durch die russische Revolution überholt. Sie steigerte alle Forderungen. Er wollte für Preußen das Reichstagswahlrecht, beugte sich aber dem leidenschaftlichen Widerstand des von Friedrich Wilhelm von Loebell geführten Staatsministeriums. Von kühnen Plänen blieben in der Osterbotschaft (7.4.1917) nur unbestimmte Verheißungen übrig. Seinen Kurs durchzusetzen

und die Minister zum Rücktritt zu zwingen, entschloß er sich nicht. Aber auch der Reichstag wurde unzufrieden, obwohl B. auch die von ihm geforderte Parlamentarisierung einleiten wollte. Längst schon hatte der Streit um die Kriegsziele, d. h. für oder wider Annexionen, den Burgfrieden gestört. Die Friedensresolution (6.7.1917) hat B. nicht von Anfang an in ruhige Bahnen gelenkt. Ein großes Kesseltreiben kam gegen ihn in Gang. Er wurde zum Brennpunkt, in dem sich Kritiksucht, Enttäuschung, Unwille, Mißtrauen, Klassenhaß sammelten. Die Hetze nahm beispiellose Formen an. Die Krone rief Parlamentarier, Träger der Demokratie, gegen ihn zu Hilfe. Disziplin und unwiederbringliches monarchisches Kapital wurden verwirtschaftet. In der Julikrise 1917 fiel der Kanzler als Opfer des Kronprinzen, seines alten erbitterten Gegners, der dritten OHL, der preußischen Konservativen, der Gegenaktion des Staatsministeriums, der kapitalistisch-nationalistischen Vertreter der Annexionen zumal im Westen, des Reichstags, für dessen Mehrheitsziele er gerade auftrat, der aber eine entschlossene politische Führung vermißte, der Bürgerlichen und fast der gesamten Linken, die ihm nicht trauten. Er verlor seine Autorität ganz, fand nirgends eine Stütze und geriet zwischen alle Fronten. Auf der Höhe der Krise suchte er Wilhelm II. zum Volkskaisertum mitzureißen und erreichte wenigstens die Unterschrift für das Dekret, das für Preußen das gleiche Wahlrecht bewilligte. Da griffen Hindenburg und Ludendorff ein: durch die Androhung ihres eigenen Rücktritts zwangen sie den Kaiser, B. zu entlassen (13.7.1917). Wilhelm II. gab seine monarchische Entscheidungsgewalt preis. „Und den Mann soll ich entlassen, der alle um Haupteslänge überragt“, soll er gesagt haben.

B.s Sturz kam einer nationalen Katastrophe gleich. „Das Bismarcksche System, das System der konstitutionellen Monarchie mit starker staatsmännischer Leitung aller staatlichen Lebenszweige ging aus den Fugen“ (Meinecke). An ihre Stelle trat die Militärdiktatur. Die Hetze war um so unverantwortlicher, als seine Gegner keinen besseren Nachfolger zu präsentieren wußten.

B. zog sich nach seinem vom Vater geerbten Gut Hohenfinow zurück. Hier hat er in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg“ (2 Teile, 1921) einen Beitrag zur historischen Wahrheit im Streit um die Kriegsschuldfrage, zugleich eine vornehm zurückhaltende Rechtfertigung gegen die vielen Vorwürfe gegeben, die gegen ihn erhoben wurden. Am 31.10. und 4.11.1919 stand er in öffentlicher Verhandlung dem 2. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Rede und Antwort über die Aussichten von Wilsons Friedensaktion; dem 1. Unterausschuß erstattete er eine Denkschrift über die Julikrise 1914.

B. ist als Kriegskanzler an den schweren Realitäten gescheitert. Seine erhabensten Ziele, den Frieden und den Volksstaat zu schaffen, hat er nicht erreicht. Man hat ihn wohl eine Hamletnatur genannt. Im Kampfe um das Dasein der Nation gegen ein feindlich-furchtbares Geschick rang er zugleich darum, Wahrheit und Gerechtigkeit, Recht und Moral auch in der Politik zur Geltung zubringen. Die Betonung der ethischen Kräfte in einem freiheitlichen Völkerleben waren ihm nicht leeres Wortgepränge.

Werke

Weitere W Kriegsreden..., hrsg. u. hist.-krit. eingel. v. F. Thimme, 1919.

Quellen

Qu.: Unveröff. Akten d. Reichskanzlei, d. Preuß. Staatsministeriums u. d. Zivilkab. im Dt. Zentralarchiv I u. II d. Sowjetzone (Potsdam u. Merseburg); *Publ. d. diplomat. Vorkriegsakten, bes. Die Große Politik d. Europ. Kabinette 1871-1914*, hrsg. v. J. Lepsius, A. Mendelssohn-Bartholdy u. F. Thimme, 1922-27; *ferner die d. anderen Länder (s. DW Nr. 15 755 ff., 15 831 ff.)*; Werk d. Untersuchungsausschusses d. Dt. Nat.Versammlung u. d. Dt. Reichstages: Beilagen z. d. stenogr. Berr. d. 1. Unterausschusses. Nr. I. d. 2. Unterausschusses Nr. 1/T. I, Nr.3/T. IV, 4. Reihe: Die Ursachen d. dt. Zusammenbruches im J. 1918, 1925 ff., 3. Reihe: Völkerrecht im Weltkrieg, 1927; *Briefe u. Materialien in zahlr. Memoiren u. Biogrr.*, z. B. A. Ballin, Fürst B. v. Bülow, Gf. B. v. Hutten-Czapski, A. v. Kiderlen-Waechter, E. Ludendorff, F. Meinecke, A. v. Tirpitz, R. v. Valentini, Gf. K. v. Westarp. Wilhelm II., *auch in* Front wider Bülow, Kritik seiner Denkwürdigkeiten, hrsg. v. F. Thimme, 1931; J. Ruedorffer (*Kurt Riezler*), Grundzüge d. Weltpolitik in d. Gegenwart, 1914; August 1914, Reichskanzler B. H. üb. d. dt. Kriegserklärungen, in: Berliner Mhh. f. internat. Politik, Aug. 1939, S. 663-75.

Literatur

F. Hartung, in: DBJ III. S. 21-41 (*L u. Totenliste 1921, L*), u. in: Volk u. Staat in d. dt. Gesch., 1940, S. 339-66; O. Hammann. Bilder aus d. letzten Kaiserzeit, 1922, S. 66-78 (*P*); G. v. Mutius. Abgeschlossene Zeiten, als Ms. gedr. b. W. Krafft, Hermannstadt 1925, S. 185-200 (*im Besitz v. Frl. Dr. A. Thimme*); F. Thimme, Bülow u. B. H., in: Front wider Bülow, 1931, S. 194-209; B. Schwertfeger, Das Weltkriegsende, 1937; E. Eyck, Das persönl. Regiment Wilhelms II., Erlenbach-Zürich 1948; L. Gf. Schwerin v. Krosigk, Es geschah in Dtd., 1951, S. 35-45; B. Barth, geb. Haberland, Die Innenpolitik d. Reiches unter d. Kanzlerschaft B. H.s 1909-1911, Diss. Kiel 1951 (*ungedr.*); R. Koschnitzke, Die Innenpolitik d. Reichskanzlers v. B. H. im Weltkriege, Diss. Kiel 1952 (*ungedr.*); P. Herre, Kronprinz Wilhelm, 1954, S. 19-102 (*ausgezeichnet f. d. Julikrise 1917*); *ferner in allen allg. Darst. d. Zeit mit schwankendem, sich erst jetzt klärendem Gesamturteil.*

Portraits

Gem. in Fam.besitz; zahlr. Phot. in d. ill. Zss.

Autor

Werner Frauendienst

Empfohlene Zitierweise

Fraudienst, Werner, „Bethmann Hollweg, Theobald von“, in: Neue Deutsche Biographie 2 (1955), S. 188-193 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118510320.html>

Register

Bethmann Hollweg, Theobald von

Name: Bethmann Hollweg, Theobald von

Namensvarianten: Bethmann Hollweg, Theobald Theodor Friedrich Alfred von

Lebensdaten: 1856 bis 1921

Beruf/Lebensstellung: Reichskanzler

Konfession: evangelisch

Autor NDB: Frauendienst, Werner

PND: 118510320

11. November 2016

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
